economiesuisse

Lob für das Schweizer Bildungswesen, Tadel für die zu dichte Regulierung

Die Schweizer Unternehmen sind grundsätzlich zufrieden mit ihren wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Wichtige Anliegen sind ein gutes Schul- und Bildungswesen sowie eine langfristig attraktive Steuerpolitik. Als problematisch wird hingegen die Regulierungsdichte empfunden. Für die erste repräsentative Erhebung dieser Art in der Schweiz wurden im Auftrag der Alliance Economie-Politique und economiesuisse landesweit 990 kleine und grosse Unternehmen vom Meinungsforschungsinstitut gfs.Bern befragt.

Wo die Bevölkerung in der Schweiz der Schuh drückt, wird regelmässig durch verschiedene Umfragen erhoben. Im Rahmen der nun veröffentlichten Studie von gfs.Bern wurde diese Frage nun aber den Schweizer Unternehmen gestellt. Beinahe 1000 Betriebe jeder Grösse und aus allen Landesteilen haben teilgenommen und das wirtschaftspolitische Umfeld beurteilt. Dabei wird die aktuelle Situation ziemlich positiv eingeschätzt: 45 Prozent der befragten Unternehmen rechnen in den nächsten 12 Monaten mit einer stabilen wirtschaftlichen Lage, der Rest rechnet je zur Hälfte mit einer Verbesserung oder mit einer Verschlechterung.

Die Rahmenbedingungen am Standort Schweiz erhalten fast alle sehr gute Noten. Insbesondere die Qualität von Bildung von Forschung wird von 89 Prozent der Befragten positiv beurteilt – ähnlich gute Bewertungen erhalten die Leistungsfähigkeit der Infrastrukturen und die Rechtssicherheit. Deutlich schlechter weg kommt die Schweiz in Sachen Regulierung: Jedes vierte Unternehmen erteilt hier ein «ungenügend». Sie wird qualitativ als das

dringlichste Problem angesehen, das die Politik anpacken soll.

Steuer- und Finanzpolitik weiterhin im Fokus

Als besonders bedeutend schätzen die Unternehmen ein qualitativ hochstehendes Bildungswesen ein. Vor allem viele Finanzdienstleister, Industrieunternehmen und Gewerbebetriebe fordern mehr finanzielle Mittel zur Stärkung des Bildungs-, Innovations- und Forschungsstandorts. Quer durch alle Branchen, besonders ausgeprägt aber in der Romandie und im Tessin, wünscht man sich auch Lösungen zur Sicherung der Sozialwerke und Verbesserungen bezüglich Steuer- und Abgabenlast.

Zwar wird der heutige Stand in der Steuer- und Finanzpolitik insgesamt als gut erachtet. Die fiskalische Belastung kann für viele Firmen aber zum Problem werden, wenn dieses Niveau in Zukunft nicht gehalten werden kann. Sie sehen in diesem Thema denn auch das wichtigste Handlungsfeld für die Schweizer Wirtschaftsverbände.

Bilaterale: für die grosse Mehrheit überwiegen die Vorteile

Eine glasklare Haltung vertreten die Unternehmen in der Europafrage. Gute Beziehungen zur EU werden als wichtige wirtschaftspolitische Rahmenbedingung gesehen, die am besten über die bilateralen Verträge mit der EU sichergestellt werden kann. 76 Prozent der Unternehmen sehen in den Bilateralen vor allem Vorteile, lediglich für 10 Prozent überwiegen negative Punkte. Eine stärkere politische Integration wird derzeit aber nicht gewünscht.

Wettbewerbsfähige Finanz- und Steuerpolitik

Gesunde Staatsfinanzen stärken das Vertrauen in den Standort. Die Schweiz hat hier vieles richtig gemacht. Das gilt auch für ihre Steuerpolitik, die auf ein wettbewerbsorientiertes System setzt.